

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Abdruckt nach dem Willen der Redaktion und des Verlegers nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei  
Bestellung monatlich 2 M., durch unsere Mitglieder zugesendet in der Höhe monatlich 1 M., auf dem Lande  
2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M., mit Postgebühren und Postboten sowie  
sonstiger Ausgaben und Gebühren nehmen jederzeit Zusendungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder  
sonstiger Verhältnisse ist der Bezugsnehmer von der Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises  
entbunden.



Inserentenpreis 2 M. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, 10 Zeilen, die 2 spaltige Korpuszeile 1 M.  
Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von  
Behörden) die 2 spaltigen Korpuszeile 2 M., Nachweisungs-Beitrag 50 Pf., Anzeigenannahme bis vormittag  
10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Ausgaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nach-  
druck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostitz.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Böttig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, selbe in Wilsdruff.

Nr. 221

Donnerstag den 21. September 1922.

81. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Der deutsche Gesandte in Brüssel erklärte der belgischen Regierung, die Reichsbank sei bereit, die Schatzwechsel der deutschen Regierung für Belgien zu unterzeichnen. Die belgische Regierung soll mit dieser Lösung der strittigen Frage einverstanden sein.

\* In Leipzig hielt der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik seine erste konstituierende Sitzung ab.

\* In Hamburg verhaftete die belgische Befehlshaberbehörde den Kommandanten der deutschen Schutzpolizei und sieben andere Beamte ohne rechtmäßigen Grund.

\* Die Verlobung des früheren Kaisers Wilhelm II. mit der verwitweten Prinzessin Hermine von Schönau-Carolath wird bekräftigt.

\* Frankreich hat seine Truppen am Ostufer der Dardanellen zurückgezogen. In England erblüht man darin eine Parteinahme für die Türken.

\* Kemal Pascha, der siegreiche Oberbefehlshaber der Angorarmee, soll die Absicht haben, auf Konstantinopel zu marschieren.

\* Jugoslawien hat in Paris wissen lassen, daß die Belgrader Regierung nichts gegen eine Aneignung Brasiliens mit Einfluß Adrianopels an die Türken einzuwenden habe.

## Eine kurze Atempause.

Berlin. In der Kabinettsitzung teilte Reichsbankpräsident Havenstein mit, daß die Reichsbank unter Berücksichtigung der Ergebnisse seiner Londoner Reise bereit sei, die sechsmonatigen Schatzwechsel für Belgien zu unterzeichnen. Das Reichskabinett beschloß, der belgischen Regierung sofort Mitteilung zu machen.

Am 7. September hatte die Reparationskommission die Kreditfähigkeit Deutschlands nach innen und außen festgestellt und damit zugegeben, daß die Zahlungsunfähigkeit nicht auf dem „bösen Willen“ beruhe, mit dem Poincaré treiben geht und Sanktionen rechtfertigen wolle. Die Reichsregierung als solche wurde aber trotzdem zur Zahlung aufgefordert. Es ist widersinnig und unlogisch, von einem Zahlungsunfähigen zu verlangen, sechsmonatliche Geldwechsel auszustellen. Inmitten war die Entscheidung der Reparationskommission eine Verlegenheitslösung. Sie war ein Mittelstück zwischen kaufmännischen Erwägungen und der Tatsache, daß Frankreich politische Ziele einer kaufmännischen Regelung entgegenstellte. Die Verschiebung der Lösung der Reparationsfrage vom politischen Gebiet auf das kaufmännische, der Verhandlungen von Regierung zu Regierung auf Verhandlungen von Privatgruppe zu Privatgruppe, mußte in dem Augenblick deutlich werden, in dem die Regierung Wirth gezwungen wurde, zu den Forderungen der Reparationskommission Stellung zu nehmen. Sie beauftragte den Präsidenten der Reichsbank Havenstein in London Garantien von Privatfirmen für die deutschen Schatzwechsel zu suchen. Die Bank von England hat sich bereit erklärt, die Schatzwechsel, die vom 15. Februar bis 15. Juni 1923 fällig sind, zu garantieren und die Reichsbank ist zur Unterzeichnung bereit. Die Bedingungen, die die Bank von England stellte, gehören zu den inneren Geschäftsangelegenheiten der beiden Banken. Die Reichsregierung hat sich also damit nicht zu befassen. Jedenfalls ist die Auslieferung der Golddepots der Reichsbank, die eine neue Marktwertschwächung zur Folge gehabt hätte, vermieden worden. Die Reichsregierung selbst hat die Tatsache, daß die deutschen Schatzwechsel honoriert werden, der belgischen Regierung mitgeteilt. Es ist anzunehmen, daß Belgien mit dieser Lösung einverstanden ist.

Der Konflikt über die Garantieforderung zwischen der deutschen und der belgischen Regierung ist damit wohl erledigt. Wir haben eine kurze Atempause, aber es muß festgestellt werden, daß wir keine Erleichterungen erhalten haben. Wenn nach 18 Monaten die Schatzwechsel des Reiches fällig werden, also im Februar 1924, wenn die Reichsbank dann die Wechsel einlöst, dann müssen wir erreicht haben, daß die gesamten Reparationsleistungen auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt wurden und daß das wirtschaftliche Leben Deutschlands nicht durch die Anmelde- und Eintreibungsüberläufe von Gesamtforderungen abgedrosselt wird. Eine Stundung von Zahlungen ist keine Ermäßigung, eine Atempause nur eine Galgenfrist, wenn nach deren Ende die alten Forderungen in ihrer gesamten Unerwartung wieder erscheinen und mit dem Bittel eingetrieben werden sollen. Eine aktive deutsche Politik muß also zunächst wirtschaftspolitisch orientiert sein und versuchen, durch Verträge der privaten Gruppen statt der Drohreden und einschuldigen Antworten der Regierungen das Reparations- und Zahlungsproblem organisch nach den Forderungen und der Leistungsfähigkeit der Gläubigergruppen und der deutschen Wirtschaft zu verbinden. Das heißt: Statt der Regierungen und ihrer Forderungen werden die Geschädigten und die Lieferanten in freier Vereinbarung die Reparationsfragen regeln, die mit den politischen Droh- und Abwehrmitteln der Regierungen selbst nicht gelöst werden konnten, trotz aller Versuche, die auf den Konferenzen unternommen wurden.

Die Sachlieferungsverträge mit Frankreich und das Verhandlungsergebnis des Präsidenten der Reichsbank, also einer privaten Firma, haben den Ausweg aus dem

Trigarten der Ententepolitik gezeigt. Wird auf diesem Wege weitergeschritten, dann wird das ganze Reparationsproblem entpolitisiert. Im anderen Falle tritt die Katastrophe, vor der sich auch die Entente fürchtet, mit verstärkter Gewalt ein.

## Einverständnis Belgiens.

Wie aus Brüssel halbamtlich gemeldet wird, hat der deutsche Geschäftsträger Landsberg dem Minister des Auswärtigen Jaspars mitgeteilt, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die sechsmonatigen Wechsel im Gesamtbetrag von 270 Millionen Mark, fällig vom 15. Februar bis 15. Juni 1923 unter Verzicht auf die zunächst verlangten Verlängerungen auf 12 und 18 Monate zu unterzeichnen. Unter diesen Umständen laßt die belgische Regierung eine gütliche Lösung der strittigen Frage ins Auge auf den Grundlagen, die die belgischen Delegierten in Berlin aufgestellt hatten.

## Neue deutsch-französische Abkommen.

Verträge zwischen Industriegruppen.  
Berlin, 19. September.

Wie die Korrespondenz „Radio“ wissen will, sind neue sehr wichtige Abkommen zwischen deutschen Industriegruppen und französischen Industriegruppen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete abgeschlossen worden. Diese Abkommen betreffen einerseits die Gruppe Sichel-Mainz und die französische Wiederaufbau-Genossenschaft, andererseits die Gruppe von Siemens-Halske in Berlin und Düsseldorf und die französische Gruppe Brice, deren Präsident gleichzeitig der Vorsitzende der französischen Deputatskammer für Elsen ist.

## Der Orientzwist.

Gemäßigter Standpunkt Kemal Paschas.

Der Oberkommandierende der türkischen Nationalisten von Angora soll auf die Vorstellungen Englands, Frankreichs und Italiens in verständlichem Tone geantwortet haben. Die Angora-Regierung sei bereit, im Sinne der an sie gerichteten Reklamationen die vorläufige Anwesenheit der Ententemächte dort anzuerkennen, wo sie sich seit drei Jahren festgesetzt haben; ebenso deren Anspruch, beim Abschluß des Friedens mitzuwirken. Gegen diese Punkte werde Kemal nichts unternehmen, und man brauche keine Besorgnis zu haben, daß er auf Gallipoli oder in Ostlithrien auf die Schattalshalbinsel vormalig marschiere. Aber man soll ihn nicht daran hindern, diejenigen Stellungen zu beziehen, wo die Entente bisher nicht gewesen sei, sondern nur die griechische Armee. Denn das gegenteilige Vorgehen würde die Ententemächte auf die Seite des Feindes stellen, gegen den er vorläufig noch im Kampf stehe, da ein Waffenstillstand nicht abgeschlossen sei.

Rückzug der Franzosen.

Der offenbare Widerspruch in der Stellung Frankreichs und Englands in der Orientfrage ist noch offensichtlicher geworden durch eine Maßnahme der französischen Regierung, die in London geradezu als „Bombe aus Paris“ bezeichnet wird.

Nach Mitteilungen der Pariser Blätter hat der französische Geschäftsträger in London bei seinem Besuch im Londoner Außenministerium erklärt, die französische Regierung habe, um jede Konfliktsmöglichkeit zu beseitigen, die in Tschanal (auf der asiatischen Seite der Dardanellen) stehenden französischen Truppen auf das Nordufer zurückzuführen wisse.

Einzelne Londoner Blätter erklären, daß kein Ereignis von solchem Ernst seit Beendigung des Weltkrieges die europäische Politik gestört. Trotzdem fordern die Blätter festhalten an der bisherigen englischen Politik, und die „Times“ berichtet z. B. aus Konstantinopel, daß das 2. Infanterie-Regiment in Tschanal gelandet und sich mit starken Landungsabteilungen der Marine verchanzt habe. Weitere englische Truppenentsendungen werden angeflündigt.

Wieder eine Konferenz.

Großbritannien soll nach halbamtlichen Mitteilungen darauf bestehen, daß die Meerengen freigehalten werden. Es ist aber bereit, die Frage auf einer Konferenz aller interessierten Mächte behandeln zu lassen. Von einzelnen Seiten wird der Völkerbund als Vermittler in Vorschlag gebracht. Lord Curzon ist von London nach Paris abgereist, um mit den französischen Ministern zu verhandeln. Auch läßt die Londoner Regierung durch Reuters erklären, es sei keine Rede davon, daß sie einen neuen Krieg hervorgerufen wolle.

Stetige Angriffe gegen Lloyd George.

Die Forderung Englands als Beschützer und Verteidiger der geschlagenen Griechen hat das Ansehen Lloyd Georges unzweifelhaft erschüttert. „Daily Mail“ fordert die Einberufung des englischen Parlaments. Das Blatt fragt, wie die Regierung es wagen könne, England in einen neuen kostspieligen, verhängnisvollen Krieg zu verwickeln, ohne erst das Parlament zu befragen. Lloyd George spiele mit den patriotischen Regungen der Dominions, die von ihm zum Narren abfallen würden. Die Dominions ten-

nen Lloyd George nicht so gut, wie man ihn in England kenne. Lloyd George sehe seine Orientpolitik in Trümmern. Er habe alle, einen nach dem anderen, verraten und Griechenland ruiniert. In einer Zeit, wo die Steuern Handel und Industrie lahm legten, habe der Premierminister versucht, der Nation neue Lasten aufzubürden. Wie lange sei solche Mißregierung noch zu ertragen? — „New Statesman“ schreibt, es sei bedauerlich, daß sich England in den Händen eines Premierministers befinde, der so gut wie nichts vom Orient wisse, und eines Außenministers, der die Lage vollkommen kenne, aber nicht wisse, wie sie anzupacken sei. Die Politik der Regierung habe das britische Prestige und den britischen Handel geschädigt.

## Weitere Einschränkung der Luxuseinfuhr.

Fünzig Prozent Zollerhöhung.

Dem Reichsrat ist der Entwurf einer Verordnung über Zollerhöhungen zugegangen, durch die eine weitere Einschränkung der Einfuhr von entbehrlichen Luxuswaren herbeigeführt werden soll.

Für eine Reihe Warengattungen sollen die Zollsätze um 50 Prozent erhöht werden, so für woblriechende Wasser, Ruder, Schminken usw., Gespinnstwaren aller Art, die ganz oder teilweise aus Seide sind, Fußbodenteppiche, dicke Gewebe für Möbel- und Zimmerausstattungen, Samt und Filz, sowie samt- und filzartige Gewebe, Spitzen und Spitzenstoffe, undichtes Gewebe zu Vorhängen, Sündereten, Kleider, Putzwaren usw., die ganz oder teilweise aus Seide sind, Perückenmacherarbeiten usw., Schmuck, Federn, Fächer, Pelzwaren, Schläuche und Reifen aus Kautschuk, echte Perlen, Hohlglas gepreßt, geschliffen, bemalt usw., Goldwaren, Silbergeschloß, Silberwaren. Es handelt sich durchgängig um Luxuswaren, deren Zollsätze schon im April verdoppelt worden sind. Der Entwurf sieht eine noch einmalige Erhöhung um 50 Prozent der jetzigen Zollsätze vor.

## Zusammentritt des Staatsgerichtshofes.

8 Leipzig, 19. September.

Im Reichsgericht trat heute morgen der Staatsgerichtshof zum Schutz der deutschen Republik zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Die ganze Sitzung dauerte nur zehn Minuten.

Senatspräsident Hagens eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er sagte, er hoffe, daß die Arbeit des Gerichtes dem deutschen Volke und Vaterlande zum Segen gereichen möge. — Die öffentliche Sitzung beschränkte sich darauf, die Vereidigung derjenigen Herren vorzunehmen, die erschienen waren. Es sind das die Herren Fehrenbach, Dr. Reinde-Wloch, Professor van Calker, Hartmann, Jädel und Aufhäuser. Die ersten drei Genannten werden nach der religiösen, die drei anderen nach der weltlichen Formel vereidigt. Nach der öffentlichen fand eine nichtöffentliche Verhandlung statt, in der zunächst die Verwaltungsgeschäfte, d. h. die Festsetzung der demnächst abzuhaltenden Termine zur Beratung gelangen sollen. Das Arbeitsprogramm für die Verhandlungen ist festgelegt worden und wurde in der nichtöffentlichen Sitzung den Mitgliedern zur Beschlußfassung vorgelegt.

Wie mitgeteilt worden ist, soll der erste Termin am 23. September stattfinden, und zwar gegen die am Rathenau-Mord beteiligten Personen.

## Belgischer Übergriff im Rheinland.

Hamborn, 19. September.

Wieder ist ein Zwischenfall durch die belgischen Besatzungstruppen entstanden. Hier wurden der Kommandant der deutschen Schutzpolizei sowie drei höhere und acht untere Beamte ohne Angabe von Gründen von der belgischen Befehlshaberbehörde verhaftet. Es wird vermutet, daß die Verhaftung mit der noch ungeklärten Lösung des belgischen Oberleutnants Graff in Zusammenhang gebracht wird. Graff wurde von unbekannten Tätern vor einiger Zeit erschossen. Die Einsprüche der zuständigen deutschen Behörden bei dem kommandierenden General des Brückenkopfes Duisburg sind bisher ohne Erfolg geblieben. Der Kommandant will selbst nicht wissen, zu welchem Zweck die Verhaftung angeordnet ist.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

Angsburg, 19. September.

Am Laufe der gestrigen Verhandlung wurde im wesentlichen über Agitation, Organisation und Rasse gesprochen, und es wurde mitgeteilt, daß in diesem Jahre zum erstenmal ein Rückgang der Gesamtzahl der Mitglieder festgestellt werden müsse: die Gesamtzahl zählte gegenwärtig 1174103 Mitglieder, was gegenüber dem Vorjahr einen

Verlust von rund 47000 Mitgliedern bedeutet. Ein Redner meinte, daß die allgemeine Anteilnahme der Massen und der Vertrauensleute zurückgegangen sei. Soltmann-Rdin machte längere Ausführungen über die Alkoholfrage und verbreitete sich dann über die Bucherkrise, indem er erklärte, daß der Bucher sich nur